

## AfD fordert Aufklärung: Justizskandal in Hamburg scheitert an Widerstand

Die AfD Hamburg beantragte Aufklärung zu mutmaßlicher parteipolitischer Agitation von Richtern, Antrag wurde jedoch abgelehnt.

**Hamburg, Deutschland** - Am 28. Februar 2025 hat die AfD Hamburg einen Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft eingebracht, um Aufklärung über mutmaßliche Verstöße gegen die Neutralitätspflicht von Richtern und Staatsanwälten zu erhalten. Aus einem kürzlich aufgetauchten E-Mail-Leak, der der AfD-Fraktion zugespielt wurde, geht hervor, dass über dienstliche E-Mail-Konten parteipolitische Agitation gegen die AfD betrieben wurde. Diese E-Mails führten letztlich zur Absage einer Podiumsdiskussion, an der ein AfD-Vertreter teilnehmen sollte, berichtet das **Freilich Magazin**.

Der Antrag der AfD wurde jedoch von den anderen Parteien in der Bürgerschaft abgelehnt. Krzysztof Walczak, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD, äußerte die Dringlichkeit einer neutralen und unabhängigen Justiz und warnte davor, dass Richter, die sich politisch äußern, eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Der Name der betroffenen Richter blieb aus Datenschutzgründen anonym, was in der Sitzung diskutiert wurde.

### Politische Reaktionen

Die Ablehnung des Antrags rief teils empörte Reaktionen hervor. Der SPD-Abgeordnete Urs Tabbert bezeichnete den Vorstoß als politisches Manöver und verwies auf die hohen Hürden für eine

Richteranklage. Seiner Meinung nach stellen die Äußerungen der Richter keine schwerwiegenden Verstöße gegen die Verfassung dar. Auch die Grüne-Abgeordnete Lena Zagst kritisierte die AfD und warf ihr vor, kritische Stimmen einzuschüchtern, während die Linken-Abgeordnete Carola Ensslen die Fachkollegen unterstützen und die AfD für die Veröffentlichung der Namen der Richter kritisierte.

Hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen verwies AfD-Vertreter Alexander Wolf auf die Wichtigkeit der Neutralität von Richtern gemäß Artikel 97 Absatz 1 des Grundgesetzes. Er betonte, dass es in der Sache nur um Aufklärung und nicht um eine Anklage gegen die Richter gehe. Die Fraktion stellt die Integrität der Justiz in den Raum und fordert eine Untersuchung der Vorfälle.

## **Der Hintergrund der Neutralität in der Justiz**

Die Neutralität des Gerichts ist ein zentrales Gebot des Rechtsstaatsprinzips und unerlässlich für das Vertrauen in die Judikative. Richter müssen sowohl persönlich als auch sachlich unabhängig agieren, was durch Artikel 97 des Grundgesetzes und weitere rechtliche Vorgaben unterstützt wird. Das **Wikipediainformationsportal** hebt hervor, dass die Gewaltenteilung eine organisatorische Trennung zwischen Gerichten, Gesetzgebung und Verwaltung erfordert, um unvoreingenommene Entscheidungen zu gewährleisten.

Die Diskussion über die Neutralität der Richter in Hamburg reflektiert ein größeres, überregional bedeutendes Thema: der Erhalt der Unparteilichkeit in Justiz und Verwaltung. Der Vorwurf der politischen Einflussnahme auf die Justiz kann erhebliche Auswirkungen auf das Vertrauen in den Rechtsstaat haben und muss daher ernst genommen werden.

Details	
<b>Vorfall</b>	Skandal
<b>Ort</b>	Hamburg, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.freilich-magazin.com">www.freilich-magazin.com</a></li><li>• <a href="http://afd-fraktion-hamburg.de">afd-fraktion-hamburg.de</a></li><li>• <a href="https://de.m.wikipedia.org">de.m.wikipedia.org</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**